

**On the Agenda Soon:
Updating the European Sustainability Strategy (SDS)
- GLOBE Europe Conference 28./29.10.2011 -**

Dear Madam and Sirs, dear Colleagues,

welcome at German Bundestag and welcome to the Parliamentary Advisory Council on Sustainable Development.

I am glad to welcome you, hoping to enhance our collaboration for more sustainability – for more global and for more inter-generation fairness.

My English is unlikely not sufficient, I want to get sure that you can follow my words. Please apologize when I continue in German.

Die Europäische Nachhaltigkeitsstrategie existiert seit nunmehr zehn Jahren. Sie wurde rechtzeitig zum Erdgipfel 2002 in Johannesburg fertig. Aber das ist fast schon alles, was als Ergebnis bislang vorliegt. Erlauben Sie mir bitte diese Bewertung gleich zu Beginn.

Die Strategie wurde 2006 überarbeitet. In den Jahren 2007 und 2009 wurde sie fortgeschrieben. Für 2011 hat der Europäische Rat eine Überprüfung und eventuelle Überarbeitung der europäischen Nachhaltigkeitsstrategie auf die Agenda gesetzt.

Es ist also an der Zeit, sich mit der Strategie zu beschäftigen und Bilanz zu ziehen.

Im Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung haben wir dies getan.

Wir nehmen den Rat ernst, wenn er sagt, dass nachhaltige Entwicklung das übergeordnete langfristige Ziel der Europäischen Union sei. Wir wissen aber auch, dass es in vielen Bereichen in der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele hakt.

Deshalb haben wir uns vor einem Jahr im Nachhaltigkeitsbeirat mit Sachverständigen zu dem Thema unterhalten. Der Vertreter des Generalsekretariats der Kommission bestätigte den Charakter der Langfristigkeit und dass die Nachhaltigkeitsstrategie als Dach für andere bereichsübergreifenden Ziele diene.

Wir sind dem nachgegangen und haben den Stand der nachhaltigen Entwicklung ausgewertet. Der Monitoring Bericht 2009 des Europäischen Statistikamtes Eurostat umfasst rund 150 Indikatoren. Meist finden sich Daten auch für die einzelnen Mitgliedsstaaten.

Es hat schon etwas gedauert sich hier einen Überblick zu verschaffen. Der hat sich aber doch gelohnt. Denn im Ergebnis kann man sagen, dass wir mit der Umsetzung der Inhalte in den zehn Jahren nicht sehr viel weiter gekommen sind. Vielmehr bleibt es den einzelnen Mitgliedsstaaten überlassen, wie viel Engagement sie jeweils investieren.

Zudem klafft die Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten weit auseinander. Das spricht nicht für das Vorhandensein einer wirklichen Strategie.

Unser Ergebnis liegt Ihnen vor. [Drucksache [17/5295](#)]. Wir sind damit nach Brüssel gefahren und haben nachgehakt. Wir haben uns unterhalten mit Kommissionsvertretern für Umwelt und für Regionalpolitik. Sowie mit Parlamentariern.

Unsere Nachfrage zeigte, dass die Strategie in der Politik keine Rolle spielt. Mehr noch, den meisten war die Strategie völlig unbekannt.

Ich möchte Ihnen anhand von zwei Beispielen zeigen, weshalb wir mit dem Ergebnis unzufrieden sind.

Beispiel 1: Anteil erneuerbarer Energien

Es ist Konsens, dass unsere Erde nicht unendlich viel Öl und Gas bereit stellen kann. Dass mit der Bergung von Rohstoffen hohe Risiken verbunden sind, haben wir bereits gelernt. Ohne diese riskanten Fördertechniken müssten wir auf die Rohstoffe verzichten.

Deshalb ist ein Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie, den Anteil von erneuerbaren Energien am Bruttoinlandsenergieverbrauch auf 12 Prozent im Jahr 2010 und auf 20 Prozent im Jahr 2020 zu steigern.

Laut Eurostat Monitoring Bericht lag der Anteil im Jahr 2007 bei 7,8 Prozent. Hier sind wir also noch sehr weit vom Ziel entfernt. Bemerkenswert ist zudem, dass der Anteil in den einzelnen Mitgliedsstaaten sehr unterschiedlich ist.

Laut Eurostat Statistik lag im Jahr 2008 innerhalb der EU Schweden mit rund 44 Prozent an der Spitze, gefolgt von Finnland und Lettland mit je rund 30 Prozent sowie Österreich mit rund 28 Prozent. Das Nicht-EU-Mitglied Norwegen lag mit über 60 Prozent sogar darüber. Diese Länder haben sich jeweils auch hohe Zielmarken gesetzt, wie Schweden mit 49 Prozent.

Die Zahlen finden Sie in den Unterlagen, die ich Ihnen zur Verfügung gestellt habe.

Am anderen Ende liegt Malta mit einem Anteil in 2008 von lediglich 0,2 Prozent sowie Großbritannien und die Benelux-Staaten mit nur 2,1 bis 3,3 Prozent.

Sicherlich hängt dies von der Verfügbarkeit erneuerbarer Energien ab. Als erneuerbare Energien gelten Biomasse und Abfall, Wasser, Geothermie, Wind und Sonne. Die Sonnenenergie eignet sich wohl weniger für Großbritannien. In Deutschland bekommen wir bereits Probleme mit der Biomasse. Denn durch den Anbau von geeigneten Pflanzen, wie Mais, entstehen Monokulturen. Zudem steht die Biomasse in Konkurrenz zu Anbauflächen für Lebensmittel.

Es ist aber dennoch bemerkenswert, dass Länder mit naturgemäß viel Sonne und Wind, wie Malta, aber auch Zypern mit 4,1 Prozent sehr geringe Anteile an erneuerbaren Energien haben. Beide Länder sind 2004 beigetreten. Hier ist es noch verständlich, dass 2008 die Nachhaltigkeitsziele nicht annähernd erreicht sind. Wobei Rumänien, das erst drei Jahre später, im Jahr 2007, beigetreten ist, mit einem Anteil von rund 20 Prozent das EU-Ziel bereits überschritten hat. Dagegen sind die Beneluxstaaten als Gründerstaaten der EU noch nicht über 3,3 Prozent

hinausgekommen. Großbritannien ist kurz danach in die Gemeinschaft eingetreten, 1973. Die Dauer der Mitgliedschaft erklärt die Unterschiede nicht.

Ich leite daraus ab, dass de facto die Nachhaltigkeitsstrategie keine Bedeutung hat.

Warum ist das Ziel, den Anteil erneuerbarer Energien zu erhöhen, aber so wichtig?

Wenn wir bei der Erderwärmung am 2-Grad-Ziel festhalten wollen, müssen wir mit voller Kraft an der Energiewende arbeiten. Denn wir brauchen Zeit für Lernprozesse und Erfahrungen, also Zeit dafür, wie wir die erneuerbare Energie effizienter machen können. Wie wir Kreisläufe herstellen, um wertvolle Ressourcen nicht zu verschwenden, sondern möglichst immer wieder verwenden können.

So wissen wir inzwischen, dass nicht alles was als erneuerbare Energie gilt, gleichsam effizient ist. Für Windkraft sind viele Mengen Stahl nötig. Diesen zu produzieren und zu transportieren, benötigt wiederum Energie. Für Solarthermie- und Photovoltaikanlagen benötigen wir Silizium. Dieser Rohstoff ist aber nicht in unendlicher Menge vorhanden.

Ein anderer Aspekt ist, dass erneuerbare Energien meist ortsgebunden sind. Das heißt, wir müssen die Energie vom Erzeugungsort zum Verwendungsort transportieren, also dorthin wo sie benötigt wird. Sonne und Wind sind nicht immer dann vorhanden, wenn wir deren Energie benötigen. Wir brauchen also Speichertechnologien. Auch hier haben wir noch Forschungs- und Entwicklungsbedarf.

Allein dieser kurze Blick in Details lässt ahnen, wie viel Wegstrecke wir noch vor uns haben. Denn in Anbetracht der – sehr berechtigten – zunehmenden wirtschaftlichen Entwicklung in den Schwellenländern wird der Kampf um Ressourcen sich schnell verschärfen. Das Problem liegt nicht nur in einer Verteuerung der Ressourcen, sondern auch darin, dass sie schlichtweg nicht in unendlicher Menge vorhanden sind.

Vielleicht fragen einige von Ihnen sich, weshalb wir in Deutschland nun – nach den Ihnen sicherlich bekannten Stimmungsschwankungen – den Konsens zum Atomausstieg gefasst haben. Schließlich handele es sich hier um eine CO₂-freie Energie.

Sie ist zwar CO₂-frei, aber sie ist weder Umwelt- noch menschenfreundlich. Denn sie ist erstens nicht perfekt kontrollierbar. Beispiele brauche ich Ihnen nicht zu nennen. Es ist nicht das Unmögliche möglich geworden, sondern das Mögliche real.

Und zweitens haben wir keine wirklichen Endlager für den radioaktiven Müll. Würden wir in Deutschland tatsächlich noch ein Lager finden, wie wollten wir denn die Müllhalde kennzeichnen, damit auch noch Jahrhunderte, Jahrtausende später die Menschen wissen, wie gefährlich das ist, was wir da vergraben haben? Wer garantiert denn, dass die Grundwasserspiegel sich nicht im Laufe von Jahrhunderten verändern und unser Trinkwasser radioaktiv verseuchen?

Atomenergie ist also in höchster Form nicht generationengerecht und nicht nachhaltig. Wir schaffen für nachfolgende Generationen weit höhere Lasten, weit gefährlichere Lasten und auf lange Frist komplett unberechenbare Lasten als dass dies der Nutzen aus dem eingesparten CO2 aufwiegen könnte.

Die Erhöhung des Anteils erneuerbaren Energien muss also konsequent vorangetrieben werden. Dabei müssen die Potenziale der einzelnen Mitgliedsstaaten wirklich genutzt werden, wie z.B. die Wasserkraft in Norwegen, die sich auch gut als Speicher eignet. Oder die Sonne in Nordafrika oder auch in Griechenland. Hier müssen wir aber intelligente Transportmöglichkeiten schaffen.

Beispiel 2: Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft

Lassen Sie mich noch kurz auf die weiteren Ressourcen eingehen. Seit noch nicht allzu langer Zeit wissen wir, dass nicht nur Luft und Wasser unter unserer Wirtschaftsweise leiden, sondern dass der Abbau von Ressourcen häufig mit einem Raubbau an Natur aber auch an Menschen einhergeht.

So ist die Ressourceneffizienz ein weiteres Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie. Es wird gemessen, wie viel Bruttoinlandsprodukt aus einem Kilogramm an Rohstoffen erwirtschaftet wird. Dabei werden Einfuhren addiert, Ausfuhren subtrahiert.

Laut Eurostat Monitoring Bericht ist die Ressourcenproduktivität der EU 27 von 2000 bis 2005 um jährlich 1,1 Prozent gestiegen. In der EU 15 lag sie mit 1,9 Prozent etwas darüber. Die größten Effizienzsteigerungen fanden vor allem in Großbritannien, Frankreich, Schweden, Deutschland und Italien statt. Diese Länder liegen meist auch vorne, wenn man die absoluten Werte betrachtet.

Laut Eurostat Statistik war im Jahr 2007 Luxemburg mit über 4,32 Euro pro Kilogramm Spitzenreiter, gefolgt von Niederlande mit 2,60, Großbritannien mit 2,54 und Malta mit 2,14 sowie Frankreich mit 1,8 und Italien mit 1,6 Euro pro Kilogramm. Rumänien und auch Bulgarien liegen mit je 0,14 Euro pro Kilogramm am Ende. Hier wendet sich also das Bild, das wir vorher von den Anstrengungen der einzelnen Mitgliedsstaaten bekommen haben. Was erneut meine These unterstreicht, dass eine Strategie nicht vorhanden ist.

Was die Zahlen anbelangt, möchte ich an dieser Stelle auf zwei Probleme hinweisen, weil sie auch von politischer Bedeutung sind.

Zum einen wird die Effizienz stets im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt gemessen. Das heißt, ein gleichbleibender Materialverbrauch bei steigendem Bruttoinlandsprodukt führt zu einer höheren Effizienz. Dieses Phänomen spielt beispielsweise in Deutschland eine Rolle. Denn der Anteil der Dienstleistungsbranche am BIP ist gestiegen. Diese verwendet aber kaum Material. Dagegen ist die Baubranche, ein höchst materialintensive Branche zurückgegangen. Eine gestiegene Ressourcenproduktivität kann also allein durch eine Steigerung des BIP stattfinden ohne dass hier intelligentere Technologien oder Verhaltensänderungen zum Einsatz gekommen sind.

Ein weiterer Mangel dieser Kennziffer ist, dass die Ressourceneffizienz von importierten Fertigteilen nicht enthalten ist. Dabei spielt die Effizienz gerade in den hochproduktiven Schwellenländern häufig noch eine untergeordnete Rolle. Damit können sich Länder schönrechnen, indem sie ihre Produktion ins Ausland verlagern und die importierten Fertigteile im eigenen Land zusammenbauen.

Für Deutschland beispielsweise treffen beide Effekte zu. Wir benötigen hier also weitere Informationen, damit wir mit unseren Ressourcen auch tatsächlich sparsamer umgehen und uns nicht nur schönrechnen.

Im Ergebnis bedeutet das für uns in der Politik, dass der Verbrauch endlicher Rohstoffe einen eigenen Wert hat, der derzeit im Preis des Endprodukts nicht enthalten ist. Und es bedeutet, dass wir weg von der eingefahrenen Wirtschaftsweise kommen müssen, in der Wachstum stets mit hohem Materialverbrauch einhergeht. Hier sind wir beim Thema der UN-Konferenz für nachhaltige Entwicklung nächstes Jahr in Rio.

Eine Aufgabe wird es sein, die Sensibilität für den schonenden Umgang mit Ressourcen auch in den produzierenden Ländern zu erhöhen. Eine andere Aufgabe ist es, mit den Ressourcen in Abfällen besser umgehen und sie möglichst zu hundert Prozent wieder verwerten zu können. Also wie wir die Reste des Neuesten von gestern am intelligentesten wiederverwerten können.

Wenn wir uns die Ressourceneffizienz von der Konsumseite her anschauen, gibt die Entwicklung zu bedenken. Zunächst ist festzustellen, dass die kommunalen Abfälle von 1995 bis 2009 von 474 auf 512 Kilogramm pro Kopf gestiegen sind. Zwischendurch waren sie sogar noch höher, eine Trendwende ist aber noch nicht wirklich zu erkennen. Erfreulich ist jedoch, dass bei der Verwertung des kommunalen Abfalls der Anteil von Recycling und Kompostierung auf 37 Prozent im Jahr 2007 gesteigert werden konnte. Als rohstoffarme Region sollten wir hier aber noch mehr rausholen als das bislang der Fall ist.

Das ist insbesondere auch deshalb wichtig, weil wir meiner Meinung nach den Konsumhöchststand noch nicht erreicht haben. Auch hierfür ein Beispiel. Die Anzahl von Pkws pro Kopf in Europa. Ich gehe hier ins Jahr 2002, weil hier die Zahlen verfügbar sind. Während in Luxemburg von 10 Einwohnern 6,5 einen Pkw besaßen, waren dies in Rumänien nicht einmal 1,4 Personen. In den Autobauländern waren es in Italien 5,9, in Deutschland 5,5 Personen und in Frankreich 4,8. Man kann sagen rund jede zweite Person hatte ein Auto. In fast all diesen Ländern sind seitdem noch mehr Autos gekauft worden. In Rumänien waren dies 2007 1,6 und 2009 besaßen bereits knapp 2 von 10 Einwohnern ein Auto, eine Steigerung um ein Drittel innerhalb von wenigen Jahren.

Wir werden also damit rechnen müssen, dass Konsum und Abfälle weiter steigen werden. Damit werden wir absolut betrachtet mehr Ressourcen benötigen. Erinnern Sie sich daran, dass wir die Effizienz ja stets im Verhältnis zum BIP messen. Steigen der Materialverbrauch und das BIP gleichermaßen, bleibt die Effizienz gleich. Wir haben aber absolut betrachtet mehr Material verbraucht.

Es führt also kein Weg daran vorbei, dass wir angesichts endlicher Ressourcen nicht nur die Effizienz, sondern den Ressourcenverbrauch absolut senken müssen.

Wie kann ein ressourcenarmes Wirtschaften funktionieren? Wir müssen an die Abfallverwertung ran. Bei 37 Prozent Anteil von Recycling und Kompostierung ist noch ordentlich Spielraum bis nahezu 100 Prozent.

Schauen wir uns die Informationstechnologie an. Viele der dort verwendeten Rohstoffe sind wiederverwertbar. Leider werden die bisherigen EU-Vorgaben zur Verwertung von Elektro- und Elektronik-Altgeräten noch nicht konsequent umgesetzt. Das muss deutlich verbessert werden.

Hier könnte uns die neue Leitinitiative Ressourceneffizienz [KOM(2011)21] voranbringen, die im Zuge der neuen Europa 2020 Strategie erarbeitet wurde.

Aber ich verlasse hier die Beispiele und komme zu den Ursachen einer in der Praxis fehlenden Strategie.

Dass wir sie brauchen, denke ich, werden Sie nicht bezweifeln. Die Nachhaltigkeitsstrategie scheint aber bislang eine rein rhetorische Strategie zu sein. Warum ist das so?

Schauen wir uns die Bedeutung der Nachhaltigkeitsstrategie für andere bereichsübergreifende Strategien der Union an, wie die Strategie Europa 2020.

Die Strategie Europa 2020 hat die alte Lissabonstrategie, also die Strategie für Wachstum und Beschäftigung, abgelöst. Umgekehrt betrachtet, die Lissabonstrategie wurde fortgeschrieben ohne die langfristigen übergeordneten Ziele zu benennen. Und ohne Bilanz zu ziehen, weshalb die Ziele der Lissabonstrategie nicht erreicht wurden.

Der Europäische Rat hat es sich für 2011 auf die Agenda gesetzt, die Nachhaltigkeitsstrategie zu prüfen und wenn erforderlich, zu überarbeiten.

Hier stimmt also die Reihenfolge nicht. Hätte er nicht erst die Nachhaltigkeitsstrategie überprüfen und überarbeiten müssen? Schließlich sollten alle anderen bereichsübergreifenden Strategien nach den übergeordneten langfristigen Zielen der Europäischen Nachhaltigkeitsstrategie ausgerichtet sein.

Ich verweise nochmal auf die eingangs gemachte Feststellung, dass – im Gegensatz zur Strategie Europa 2020 – die europäische Nachhaltigkeitsstrategie kaum einem Europaparlamentarier bekannt ist.

Ich will die neue und sehr wohl engagierte Ressourceneffizienz-Initiative nicht kaputtreden, vielleicht wird sie ja tatsächlich konsequent umgesetzt.

Aber es braucht in allen Bereichen mehr Verantwortung für die Nachhaltigkeitsziele. Ressourceneffizienz berührt nicht nur den Umweltbereich, sondern auch andere, wie den Verkehrsbereich, die Wirtschaft und die regionale Entwicklung.

Derzeit gelten die Nachhaltigkeitsziele nicht für regionale Entwicklungsmaßnahmen, die mit Mitteln aus dem Kohäsionsfonds gefördert werden. Gefördert werden

hauptsächlich Umwelt- und Infrastrukturprojekte. Auf meine Nachfrage vor einem halben Jahr in Brüssel hieß es, man könne hier den Nationalstaaten keine Vorschriften machen.

Der Nachhaltigkeitsstrategie fehlt also eine ihrer Bedeutung gemäßen Verbindlichkeit.

Was muss sich also ändern?

Bei der anstehenden Überprüfung und Überarbeitung müssen wir, verehrte Kollegen, mehr Verbindlichkeit einfordern. Damit diese Verbindlichkeit zu konkreten Ergebnissen führt, muss die Bedeutung der Strategie eventuell auch institutionell wie personell gestärkt werden.

In der Ihnen vorliegenden Stellungnahme des Nachhaltigkeitsbeirats schlagen wir unter anderem vor,

- auf der Ratssitzung im Dezember 2011 zu beschließen, die Nachhaltigkeitsstrategie zügig zu überprüfen und sie im Anschluss an die Konferenz Rio+20 zu überarbeiten; dies wäre eine wichtige Botschaft an die Konferenz Rio+20,
- die Indikatoren für nachhaltige Entwicklung auf eine breite politische Grundlage zu stellen, so dass sie von allen Mitgliedsstaaten akzeptiert und die Ziele umgesetzt werden,
- auf Ebene des Europäischen Rates sollte eine Ratsarbeitsgruppe nachhaltige Entwicklung gegründet werden, damit die Nachhaltigkeitsziele verbindlicher werden, *[ich möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass dies in dem Ihnen vorliegenden Bundestagsbeschluss 17/5295 falsch dargestellt ist. Die Ansiedelung sollte nicht beim Rat der Europäischen Union erfolgen, sondern beim Europäischen Rat]*
- die derzeitige organisatorische Anbindung an die Europäische Kommission ist zu verbessern und personell besser auszustatten,
- das Europäische Parlament sollte die Nachhaltigkeitsstrategie in einem eigenständigen Gremium begleiten.

Verehrte Kollegen, ich bin nun gespannt auf Ihre Sichtweisen und Ihre Anregungen, wie wir eine nachhaltige Entwicklung stärker in alle Politikbereiche integrieren können.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!